

Grundsatzpapier der Libertären Aktion Winterthur

Frühling 2010

law@arachnia.ch

<http://www.libertaere-aktion.ch>

Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

Egal welche Formen der Kapitalismus annimmt, von sozialer Marktwirtschaft über Manchesterliberalismus und Staatskapitalismus bis zu Faschismus, egal welche Partei gerade am Ruder ist, an den ökonomischen Zwängen ändert sich nichts. Das heisst, produziert wird nur, was Profit erzielt. Möglichst viel Profit. Weiter folgt daraus, dass eben nur die Bedürfnisse der zahlungskräftigen Menschen berücksichtigt werden.

Produziert wird nicht, was notwendig ist, sondern was Geld einbringt.

Ein Blick in die Slums der Entwicklungsländer bestätigt dies auf drastische Weise. Dies ist weder zufällig noch verwunderlich: Der Kapitalismus zielt gerade nicht darauf ab, Wohlstand für alle zu schaffen und nachhaltig zu produzieren, sondern nur darauf, Profite zu erwirtschaften. Nicht nur aus Gier oder Masslosigkeit, sondern auch aus der Notwendigkeit, im Konkurrenzkampf mitzuhalten. Darum die fortlaufende Entwicklung und Expansion der Industrie. Riesige Fortschritte, technische Meisterleistungen, wahnsinniger Reichtum – aber nur für wenige. Profitmaximierung heisst auch, dass sich massenhaft Arbeiterinnen kaputt malochen, während andere auf die Strasse gestellt werden. Parteien und Sozialstaat verwalten nur das Elend. Einige schlecht, andere noch schlechter. Wer gerade an der Macht ist, spielt keine Rolle.

Aber auch in Gewerkschaften, die lediglich eine Verbesserung der Lebensbedingungen für ihre Klientel innerhalb des Kapitalismus fordern, sehen wir keine Alternative. Sie reproduzieren die Zwänge und Ungleichheiten des Systems, anstatt sie zu beseitigen, und integrieren die Arbeiterinnen in den widrigen Arbeitsprozess, statt sie zu befreien.

Zeit, dieses System zu überwinden und die Produktion gesellschaftlich zu organisieren. Eine Umgestaltung der Verhältnisse,

- weil die Probleme und Widersprüche nicht mit Reformen gelöst werden können. Die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus lassen sich nicht reformieren;
- weil die Probleme nicht von einzelnen Menschen, Unternehmen oder Gruppierungen verursacht werden. Der Kapitalismus ist totalitär und umfasst die ganze Gesellschaft.

Heute können zwar technologisch hochstehende Waren produziert werden - aber unter miserablen Arbeitsbedingungen. Während sich ein kleiner Teil der Gesellschaft diese leisten kann, versinkt der Rest im Elend. Obwohl mit der heutigen Produktivkraft ein angenehmes Leben in Wohlstand für alle möglich ist!

In den Händen hältst du nun das überarbeitete und stark erweiterte Grundsatzpapier der Libertären Aktion Winterthur (LAW). Wir sehen unser Grundsatzpapier nicht als ein immerwährend gültiges, in sich abgeschlossenes Manifest unserer Gruppe und für den libertären Kommunismus an, sondern als eine Analyse der momentanen Situation und als eine Reflexion der sich daraus ableitenden Praxis. Wir sehen dieses Grundsatzpapier als notwendigen, verpflichtenden Leitfaden für unsere theoretischen, organisatorischen und agitatorischen Aktivitäten an, wobei es sich in inhaltlicher Hinsicht irgendwo zwischen dem kleinsten und grössten gemeinsamen Nenner der Mitglieder der LAW befindet. Es wiedergibt somit einen Konsens unter den Mitgliedern, der mehr ist als nur ein mühsam abgerungener Kompromiss zwischen verschiedenen Auffassungen, doch handelt es sich dabei ebensowenig um ein Positionspapier, dessen zukünftige Ausweitung nicht mehr möglich ist.

Im Grundsatzpapier werden wir einige Begriffe verwenden, die innerhalb der linken Theoriegeschichte, insbesondere der marxistischen, eine zentrale Bedeutung erlangt haben, so bspw. „Proletariat“,

„Revolution“ oder „Kapitalismus“. Da wir zum einen nicht voraussetzen können, dass alle Leserinnen mit diesen Begriffen vertraut sind, wir andererseits aber auch versucht haben, uns selbst Klarheit über unsere spezifische Verwendung dieser Definitionen zu verschaffen, haben wir am Schluss des Grundsatzzpapiers einen Glossar angefügt.

Noch ein Hinweis zur Schreibweise: Da wir keine AnhängerInnen des Binnen-Is sind und langatmige Konstruktionen wie „Arbeiterinnen- und Arbeiterschaft“ vermeiden wollten, haben wir uns entschieden, stets die weibliche Form zu verwenden, gemeint sind aber, sofern nicht anders erwähnt, selbstverständlich alle Geschlechter.

Viva la revolución!

Libertäre Aktion Winterthur, im Frühling 2010

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	4
Analyse und Kritik der bestehenden Verhältnisse.....	7
Kapitalismus.....	7
Staat.....	9
Religiöse Institutionen.....	12
Bildungssystem.....	12
Patriarchat.....	12
Rassismus, Xenophobie, Antisemitismus, Ethnozentrismus.....	12
Strategie und Taktik.....	12
Der libertäre Kommunismus.....	12
Die Prinzipien der anarchistischen Organisation.....	15
Die Rolle der Massen und der Anarchisten im sozialen Kampf und in der sozialen Revolution.....	16
Anarchismus und Syndikalismus.....	16
Anarchismus und soziale Bewegungen.....	16
Bündnispolitik.....	17
Die revolutionäre Phase.....	18
Die anarchistische Gesellschaft.....	18
Produktion.....	18
Versorgung.....	20
Die Landfrage.....	20
Die Verteidigung der Revolution und die Gewaltfrage.....	20
(Umgang mit "Grenzüberschreitungen").....	20
Bildung und Erziehung.....	20
(Umgang mit Tieren).....	20

Einleitung

Das Grundsatzpapier wiedergibt den momentanen Konsens der Mitglieder der LAW hinsichtlich ideologischer und strategischer Fragen. Dieser grösste gemeinsame Nenner bildet den theoretischen Kern, von welchem aus die Praxis und die hinter ihr stehenden Taktiken abgeleitet werden. Das Grundsatzpapier ist also auf der einen Seite eine theoretische Standortbestimmung, die aus einer Analyse der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation und der Skizzierung des libertären Kommunismus besteht, dessen Grundzügen sich die LAW verpflichtet fühlt, und auf der anderen Seite die Formulierung einer Strategie, die von der momentanen kapitalistischen Gesellschaft hin zur sozialen Revolution führen soll und dafür ein Set an möglichen Taktiken nennt.

Die anarchistische Bewegung in der Deutschschweiz ist noch nicht gross. Selbst die wenigen grösseren Gruppen und Organisationen haben kaum mehr als 15 - 20 Aktivistinnen und eine Handvoll Sympathisantinnen, was bei einer durchschnittlichen Stadt mit etwa 50'000 Einwohnerinnen nicht mal ein Promill ist... Die Gründe für diesen quantitativen Missstand mögen vielfältig sein, doch einer ist uns in unserer Zeit als Aktivistinnen immer wieder ins Auge gesprungen: Ein Mangel an theoretischen Diskursen und Analysen und daraus resultierend eine strategische Konzeptionslosigkeit. Dies interessanterweise in einer Zeit, in der es absolut notwendig scheint, einige grundlegende Fragen im Anarchismus neu zu stellen und - vielleicht - neu zu beantworten. Anders als andere Ideologien sollte der Anarchismus nicht als etwas Statisches begriffen werden, dessen Ausformung im Grossen und Ganzen seit dem Ende des 2. Weltkrieges und der vorläufig endgültigen Etablierung "liberaler Demokratien" im Westen abgeschlossen ist. Eine zunehmend stärker forcierte wirtschaftliche Globalisierung mit ihren zahlreichen Auswirkungen auf regionale, soziale und kulturelle Strukturen, eine Verschärfung der ökonomischen Lage in der Schweiz und weltweit sowieso, eine Situation, die es hierzulande immer schwieriger macht, Positionen zu beziehen, deren Radikalität sie davor schützt, nicht sofort kommerziell umgedeutet zu werden (Wer will sich denn heute nicht Turnschuhe mit revolutionärer Technik anschaffen? Oder sich ein Stückchen Freiheit kaufen?).

Der Begriff "Anarchismus" stellt uns vor ein spezifisches Problem: Es gibt nicht die Theorie des Anarchismus, sondern eine Vielzahl von sich oft widersprechenden Ansätzen. Es ist wenig sinnvoll, diese Gegensätze vereinigen zu wollen - eine überzeugte Anarchoindividualistin beispielsweise wird sich mit einer Anarchosyndikalistin kaum auf mehr als ein paar ganz allgemeine Grundgedanken des Anarchismus einigen können. Eine Organisation ist also nur dann sinnvoll, wenn nicht nur ein kleinster gemeinsamer Nenner zwischen den Positionen der Anhängerinnen besteht, sondern eine weitestgehende Übereinstimmung in ideologischen Fragen.

Eine starke anarchistische Bewegung setzt eine effiziente Organisation voraus. Ein Blick in die Geschichte und eine Betrachtung der Gegenwart zeigt, dass eine effiziente libertäre Strategie nie ohne eine schlagkräftige, genuin anarchistische Organisation zu denken ist. Obwohl bei vielen Anarchistinnen umstritten, scheinen uns die diesbezüglichen Forderungen, die in der sog. Plattform von 1926 von russischen bzw. ukrainischen Exilantinnen um die Gruppe "Dielo Truda" aufgestellt wurden, am realistischsten. Diese sieht die Erschaffung einer sog. "Allgemeine Anarchistische Union" vor, die auf der ideellen Grundlage des libertären Kommunismus Aktivistinnen vereinigen will. Die spezifischen plattformistischen Ideen zur Union waren neben der ideologischen Einheit:

1. Einheitliche Taktik und kollektives Handeln

Die revolutionären Taktiken, die von einzelnen Mitgliedern oder Organisationen innerhalb der Union angewandt werden, dürfen sich weder zueinander noch zur allgemeinen Ideologie und generellen Taktik der Union im Widerspruch befinden. D.h., es existiert eine Linie, an der sich

die einzelnen Aktivitäten ausrichten und die ein kollektives, einheitliches Handeln überhaupt erst möglich macht.

2. Kollektive Verantwortung

Mitglieder der Union handeln politisch nicht auf eigene Faust. Die Union ist für die politischen Aktivitäten jedes einzelnen Mitglieds verantwortlich und jedes Mitglied steht hinter allen Tätigkeiten der Union als Ganze.

3. Föderalismus

Die Union ist in einzelne Organisationen unterteilt, die jeweils über ihre eigene Struktur, inkl. Verbindungssekretariat, verfügen. Unionsspezifische Entscheidungen werden in der Basis, also in diesen Partikularorganisationen, getroffen, so dass sich jedes Mitglied an der Entscheidungsfindung beteiligen kann. Ein allgemeines Sekretariat wacht darüber, dass die gefällten Entscheidungen eingehalten werden und dient zudem als Verbindungsstelle zwischen den einzelnen Organisationen. Föderalismus heisst aber auch individuelle Disziplin: Übernimmt ein Mitglied oder eine Organisation eine bestimmte Aufgabe, ist diese auch vollständig und zeitig auszuführen. Mit dieser "revolutionären Disziplin" jeder und jedes Einzelnen steht und fällt in letzter Instanz das Prinzip des Föderalismus.

Diese organisatorische Strategie, die dem Plattformismus den unserer Meinung nach ungerechtfertigten Vorwurf einbrachte, er "bolschewisiere" den Anarchismus, hatte zum Ziel, eine stabile und zuverlässige anarchistische Organisation zu bilden, um effiziente ideologische und taktische Debatten führen zu können. Die Resultate dieser Diskussionen sollten durch die einzelnen Mitglieder - damals vorwiegend Industriearbeiterinnen und Bäuerinnen - in die entsprechenden politischen Bewegungen getragen werden, um die Bewusstseinsbildung zu fördern und schlussendlich eine "libertär-kommunistische Hegemonie"¹ in der Bäuerinnen- und Arbeiterinnenschaft zu gewinnen. Dies machte in der Zwischenkriegsphase und insbesondere an den wirtschaftlichen Verhältnissen von Osteuropa gemessen Sinn, da in diesen zwei Klassen zur damaligen Zeit ohne jeden Zweifel das grösste revolutionäre Potential lag.

Gut drei Jahrzehnte später wurde in Südamerika eine ganz ähnliche Strategie entwickelt, die später unter dem Namen "Especifismo" Verbreitung fand und, ohne vom Plattformismus Kenntnis genommen zu haben, als eine Aktualisierung desselben gesehen werden kann. Sie unterteilt den revolutionär-politischen Kampf in zwei Bereiche. Einerseits geht es darum, genuin anarchistische (d.h. anarchokommunistische) Organisationen aufzubauen, in der organisierungswillige Anarchistinnen über ideologische, strategische und organisatorische Fragen diskutieren können. Durch eine profunde gesellschaftliche Analyse sollen kurz-, mittel- und langfristige Ziele formuliert und in programmatischen Schriften zusammengefasst werden. Andererseits ist für den Especifismo das Prinzip der "inserción social" fundamental. Dies meint das Engagement von Mitgliedern der o.g. Organisationen in Bewegungen von Unterdrückten jeder Art: In Landlosen-, Frauen-, Arbeiterinnen-, Migrantinnen- und Obdachlosenbewegungen, Basisgewerkschaften, nachbarschaftlichen Netzwerken, Quartiervereinen usw. Der Especifismo strebt nicht an, diese Bewegungen zum Anarchismus zu "bekehren", sondern die bereits vorhandenen anarchistischen Momente (basisdemokratische Organisation, Solidaritätsprinzip, Selbstverantwortung, herrschaftskritische Ansätze usw.) zu fördern und gegen die Einflussnahme von Parteien und autoritären Gruppierungen zu verteidigen.

¹ Damit ist nicht die Herrschaft von Anarchistinnen über Nicht-Anarchistinnen gemeint, sondern die Vorherrschaft der libertär-kommunistischen Idee in der revolutionären Bewegung. Dies wäre vorallem wichtig gewesen, um die bolschewistische Parteidiktatur abzuwenden.

Diese Ansätze sind nicht nur aus strategischen Gründen (Verfestigung basisdemokratischer und herrschaftskritischer Ansätze in der Bevölkerung und damit die Propagierung zentraler Momente des Anarchismus) für uns libertäre Kommunistinnen in der Schweiz interessant. Eine gemeinsame anarchistische Organisation, in der auch Erkenntnisse aus den Basisbewegungen einfließen, würde uns für eine Aktualisierung und Anpassung anarchokommunistischer Theorie an die heutigen Verhältnisse enorm helfen. Anarchismus als Lehre der Herrschaftslosigkeit impliziert eine genaue und ausführliche Definition von dem, was Herrschaft überhaupt ausmacht. Der Facettenreichtum dieses Begriffs kann aber erst durch die Analyse, und im alltäglichen Kampf gegen spezifische Unterdrückungsmechanismen, überhaupt erfasst werden. U.a. deshalb ist es wesentlich, dass wir uns als Anarchistinnen an solchen Kämpfen beteiligen oder uns zumindest mit ihnen aktiv solidarisieren.

Gliederung

Der erste Teil des Grundsatzpapiers widmet sich der Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft. Eine besondere Beachtung finden hierbei wirtschaftliche Aspekte (Kapitalismuskritik), der Staat als Herrschaftsinstrument und „kulturelle“ Formungs- und Unterdrückungsmechanismen (Patriarchat und Geschlechterrollen, Rassismus, Antisemitismus, Religion, Schule). Der zweite Teil stellt die grundlegende Strategie des libertären Kommunismus vor, mit besonderer Betonung ihrer „plattformistischen“ Ausprägung, welche einerseits für starke spezifisch anarchistische Organisationen plädiert, andererseits aber auch eine Strategie der Involvierung ihrer Anhängerinnen in wirtschaftliche und soziale Kämpfe verfolgt. Im letzten Teil schliesslich geht es um die Skizzierung einer möglichen anarchokommunistischen Gesellschaft. Wir sind uns darüber im Klaren, dass sich der Lauf der Geschichte nicht mit Sicherheit vorhersagen lässt. Aber gerade aus dem Grund, dass wir keinen historischen Determinismus vertreten, glauben wir an die Formbarkeit der Geschichte durch die Menschen. Wir sind fest davon überzeugt, dass eine Mehrheit der Menschheit der Kernforderung des Anarchismus – Herrschaftslosigkeit – positiv gegenübersteht, wenn auch die meisten davon wohl heute an der Realisierbarkeit zweifeln. Sozioökonomisch gesehen sind es sogar die allermeisten Menschen, die ein Interesse an der Überwindung des Kapitalismus haben – denn sie alle sind Teil der Arbeiterinnenklasse, die, entfremdet von den von ihnen produzierten Gütern, nur einen Bruchteil des Wertes („Lohn“) von dem zurückbekommen, was sie erschaffen haben. Aus diesen Gründen sehen wir es als wichtig und richtig an, auch über die „Utopie“, und nicht nur über die Strategie des anarchistischen Kommunismus zu reden. Wir alle sollten wissen, wofür wir kämpfen, wenn auch das, was wir uns erhoffen, vielleicht nie vollständig erreicht werden kann. Doch darin sehen wir gerade die Stärke des Anarchismus: Keine abgeschlossene Lehre, die zwangsläufig im Dogmatismus endet, ist er eine beliebig erweiterbare Sammlung herrschaftsfreier Theorien und Praktiken, von denen über die Jahre eine Vielzahl Eingang in soziale Bewegungen, basisdemokratische Gewerkschaften und Selbsthilfegruppen gefunden haben. Eine ganze Menge an Erfahrungen und Erkenntnissen konnten so gewonnen werden, die die Basis für Experimente des Zusammenlebens und Zusammenwirtschaftens in einer herrschaftsfreien Gesellschaft bilden können. Wenn wir heute trotzdem für eine Einheit der anarchistischen Theorie und Praxis eintreten und die taktische Relevanz solcher „Experimente“ in einer kapitalistischen Welt bestreiten, tun wir das also nicht, weil wir ihren Erkenntniswert gering schätzen würden, sondern weil wir davon überzeugt sind, dass eine anarchistische Gesellschaft nur durch die soziale Revolution des Proletariats erreicht werden kann.

Analyse und Kritik der bestehenden Verhältnisse

Kapitalismus

Die Welt ist – nüchtern betrachtet - wahnsinnig. Die Menschen scheinen es auch zu sein. Grösstenteils schufteten sie wie verrückt, produzieren unermesslichen Reichtum. Doch leben viele in Armut. Die hergestellten Güter und Dienstleistungen gehören nicht ihnen, sondern bleiben im Besitz der Eigentümerinnen der Unternehmen.

Produktion des Reichtums

Wir sehen die Gesellschaft grundsätzlich in zwei Lager gespalten, die sich nach ihrer jeweiligen sozialen Position und ihren sozialen Funktionen stark voneinander unterscheiden. Auf der einen Seite die Arbeiterinnen, die nicht viel mehr als ihre Arbeitskraft besitzen, das wohlbekannte Proletariat; auf der anderen die Besitzerinnen der Unternehmen.

Es gibt keine einheitliche Menschheit mit gemeinsamen Interessen. Es gibt die Menschheit der Klassen: Das Proletariat und die ausbeutenden Kapitalistinnen.

Diese Zweiteilung ist direkt auf die kapitalistische Wirtschaftsordnung und deren Eigentumsverhältnisse zurückzuführen, nicht etwa auf irgendwelches Geschwafel von der „natürlichen Bössartigkeit des Menschen“ oder ähnliches. Wenn ein System so geartet ist, dass Ausbeutung und Unterdrückung möglich, ja gar erforderlich sind, dann ist es eine logische Konsequenz, dass sich die Menschheit aufteilt in Unterdrückerinnen und Unterdrückte.

Natürlich treten die Klassengegensätze in der sogenannten „modernen Industriegesellschaft“ nicht mehr so offensichtlich zu Tage, wie sie das einst taten. So sind beispielsweise einige Lohnabhängige gleichzeitig Mitbesitzerinnen einer Firma, indem sie einige Aktien besitzen. Häufig versuchen die Kapitalistinnen die Lohnabhängigen gefügig zu machen, indem sie ihnen eine gewisse Gewinnbeteiligung versprechen. Im Grunde ändert sich jedoch nichts. Diese Teilhabe am Kuchen ist lediglich dazu da, das Proletariat im Glauben zu lassen, dass jede ihre Chance auf Wohlstand hat.

Verteilung des Reichtums

Das Proletariat ist per Definition abhängig von Lohnarbeit und verfügt über keine Produktionsmittel. Somit ist es ihm verunmöglicht, in Eigenregie Waren zur eigenen Bedürfnisbefriedigung herzustellen, sondern ist abhängig von der Bourgeoisie. Für diese ist jedoch nicht primär die Fabrizierung von Bedarfsmitteln interessant, sondern die Perspektive, über die Deckung ihrer eigenen Bedürfnisse hinaus aus den Produktionsmitteln möglichst hohen Profit zu schlagen. Die Bedürfnisbefriedigung ist nicht mehr Zweck der Arbeit, sondern nur noch Mittel zum Zweck.

Wir bekommen Lohn, was nichts anderes heisst, als dass wir uns durch Lohnarbeit an die Arbeitgeberin verkaufen müssen. Die Arbeitskraft und somit die Arbeiterin selbst wird zur Ware degradiert und entsprechend wird mit ihr umgegangen. Je nach Wohlstand und Stärke der Arbeiterinnenklasse ist die Behandlung mal besser, mal schlechter. Im Minimum reicht schon der blosse Erhalt an genügend Arbeitskräften. So sehen sich die Arbeiterinnen gezwungen, sich untereinander zu konkurrenzieren, um zu (über)leben.

Es ist das Los des Proletariats, den gesamten Reichtum zu produzieren, der jedoch nicht ihm zufällt, sondern den Eigentümerinnen der Produktionsmittel und des Bodens. Die Arbeiterinnen bekommen zwar einen Lohn für ihre Arbeit, jedoch stellt dieser nur einen Teil des tatsächlich produzierten Werts

dar. Denn die Arbeiterin kann mehr Waren produzieren, als sie benötigt. Die Ware Arbeitskraft ist somit die einzige Ware, die aus Wert Mehrwert schaffen kann. Dieser ausgebeutete Mehrwert ist, wird er auf dem Markt realisiert, der Gewinn des Unternehmens, der Kapitalistinnen. Die Arbeiterin wird ausgebeutet. Ein Teil des Werts bleibt bei den Kapitalistinnen und wird von ihnen reinvestiert - oder einfach verprasst. Der ganze Reichtum der Erde ist produziert von den Arbeiterinnen, gehört ihnen aber nicht!

Die soziale Unterdrückung und die Ausbeutung des Proletariats durch das Eigentum an Produktionsmitteln bilden den enormen Reichtum und zugleich die Basis der heutigen kapitalistischen Gesellschaft, ohne die sie nicht existieren kann. Es wird also keineswegs nur in Drittweltländern ausgebeutet, sondern auch in der Schweiz, in Max Havelaar Betrieben und überall, wo kapitalistische Produktion herrscht. Jede andere Form gerät unweigerlich in Konkurrenz mit dem Kapitalismus. Nachhaltig und sozial im Kapitalismus zu produzieren, ist eine Illusion, von der wir uns lieber heute als morgen verabschieden. Ohne Gewinn gibt es kein Weiterbestehen.

Auch die Unternehmerinnen stehen in Konkurrenz zueinander. Damit sie überleben, müssen sie erfolgreich wirtschaften. Sie beuten also nicht aus, weil sie besonders böse sind, sondern weil Profit erzielt werden muss. Produziert wird demnach für den Markt, d.h. die Nachfrage wird nicht befriedigt, bzw. eben nur dort, wo genügend Geld vorhanden ist. In einem solchen System werden nicht menschliche Bedürfnisse bedient, sondern es muss den ökonomischen Zwängen gehorcht werden. Das Kapital muss Profit abwerfen, es muss sich verwerten. Für Unternehmen heisst das: Profitmaximierung, um konkurrenzfähig bleiben und im Markt weiter bestehen zu können.

Fortschritt?

Dies führt zu einer gewaltigen Steigerung der Produktivkräfte, zu einer rationalisierten und automatisierten Produktion. Es vergünstigt ebenso die Produkte, da weniger Arbeitszeit zur Herstellung benötigt wird. Es führt zu Massenentlassungen und erschwerter Kapitalverwertung. Dabei kann die absurde Situation entstehen, dass trotz allen vorhandenen Faktoren zur Reichtumsproduktion ein Grossteil der Gesellschaft verarmt. Es wird klar, dass sowohl die Versorgung wie auch die Lebensbedingungen der Menschen zweitrangig sind. Produziert wird nur, wenn Profit erzielt werden kann. Mit fatalen Folgen, wie ein Blick in die Welt bestätigt. In einer Welt, die vor Reichtum strotzt, leidet jeder siebte Mensch an Hunger!

Eine Bäuerin würde zwar Getreide anbauen, kann aber nicht, wenn sie keine Ressourcen besitzt, keine zahlungskräftigen Abnehmerinnen findet oder vorhandene Produktionsmittel nicht ihr gehören. Warum produzieren Arbeiterinnen Kampfflugzeuge, wenn sie doch nur dazu dienen, auf einem anderen Flecken des Planeten andere Arbeiterinnen wegzubomben? Leider muss das Proletariat die Jobs nehmen, die sich bieten. Die Gesellschaft kann nicht entscheiden, was, wie und wie viel sie produzieren soll, denn im Markt zählt nur das Streben nach Profit. Selbstredend, dass auf das Klima nicht auch noch Rücksicht genommen werden kann.

Hinzu kommt ein weiteres Problem: Indem die Arbeiterinnen nicht für das entlohnt werden, was sie tatsächlich an Arbeit verausgaben, und indem die Unternehmerinnen ihren so erzielten Profit wieder investieren müssen, stellt das System mehr Waren her, als es absetzen kann. Es muss neue Märkte erschliessen, um die Waren abzusetzen, oder es gerät in eine Krise. Nicht, weil zu wenig Güter vorhanden sind, sondern zu viele! Nicht zuletzt hängt die Prosperität der Wirtschaft auch von den undurchsichtigen Geschäften des internationalen Finanzsystems ab. In der Realwirtschaft treten die Banken vorwiegend auf zwei Arten in Erscheinung: Erstens auf Seiten der Unternehmen, die mit Krediten schneller expandieren können, zweitens mit Kreditvergabe auf Seite der Konsumentinnen. Vor allem in den letzten Jahrzehnten wurde so versucht, die genannte Überproduktion an die Frau zu bringen und

den Konsum anzukurbeln. Produktion und Verkauf von Waren fallen auseinander, dies eröffnet die Möglichkeiten zu Spekulationen und neuen Krisen.

Vier Schlussfolgerungen erscheinen uns wichtig:

- Die gesamte Wirtschaft gehorcht den Geboten der Profitmaximierung und Kapitalverwertung; nicht den Bedürfnissen der Menschen.
- Die Wirtschaft ist global. Armut, Umweltzerstörung, Kriege können nicht isoliert betrachtet werden und die Schuld auf einzelne Unternehmen, Individuen oder die lokale Bevölkerung gelegt werden. Sie gehen alle was an.
- Zur Veränderung der Verhältnisse ist ein autonomer, individueller Kampf im Gegensatz zur kollektiven Aktion kaum wirksam.
- **Das gegensätzliche Interesse der Klassen erzeugt den seit Jahrhunderten zwischen ihnen andauernden Konflikt, der mal wild und stürmisch zu Tage tritt, mal unauffällig und ruhig verläuft. Er eröffnet die Möglichkeit auf eine Umgestaltung der gegenwärtigen Gesellschaft in eine Gesellschaft, die den Bedürfnissen, Anliegen und Gerechtigkeitsvorstellungen des Proletariats entspricht.**

„Die gesamte Sozialgeschichte der Menschheit bis zum heutigen Tag stellt eine ununterbrochene Kette von Kämpfen der arbeitenden Massen für ihre Rechte, für Freiheit und für ein besseres Leben dar. In der Geschichte der menschlichen Gesellschaft war dieser Klassenkampf immer der Hauptfaktor, der die Form und Verfassung der Gesellschaft bestimmte.“

- *Organisationsplattform der Allgemeinen Anarchistischen Union*

Staat

Macht & Herrschaft

Wir definieren *Macht* als die momentan vorzufindenden Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft. Sie zeigen sich dynamisch und wandelbar, ergänzen oder schwächen sich. Die Macht ist nirgends lokalisierbar: Wie ein Netz durchzieht sie die Gesellschaft. Ihr kann nicht entronnen werden, sie ist überall. Einmal hängen wir in ihren Maschen fest, ein andermal sind wir ein Knotenpunkt und üben selbst Macht aus. Natürlich nimmt die Bourgeoisie in diesem Netz einen strategisch privilegierten Platz ein. Aber dies hängt nicht mit den ihn besetzenden Individuen zusammen - denn die sind austauschbar - sondern mit der Struktur des Kapitalismus. Vor allem im wirtschaftlichen Bereich produziert der Kapitalismus immer wieder Machtkonzentrationen, von denen die Bourgeoisie profitiert.

Eine solche Machtstruktur manifestiert sich als *Herrschaft*. Herrschaftsverhältnisse sind meist starr und durch Institutionen oder Regeln festgelegt. Sie offenbaren ein Ausbeutungs- und / oder Unterdrückungsverhältnis zwischen Individuen oder Institutionen und Individuen. Ein Unterdrückungsverhältnis kann jede Form von physischer, psychischer und struktureller Gewalt annehmen. Zwischen Lohnabhängigen und Kapitalistinnen besteht immer ein Ausbeutungsverhältnis.

Ein Beispiel: Eine durchschnittlich bürgerliche Arbeiterin, genauer eine Informatikerin, karriereorientiert, in einem bekannten Grossunternehmen, wird von diesem ausgebeutet. Selbstverständlich fühlt sich die Informatikerin keineswegs ausgebeutet, viel eher erfährt sie sich als jung und dynamisch mit zufriedenstellendem Einkommen. Faktisch ist aber ihr Lohn geringer, als ihre Leistung für die Firma Wert hat. Sie wird also von ihrem Unternehmen ausgebeutet, fühlt sich aber nicht schlecht dabei. Anders geht es ihrer Sekretärin, zwar nimmt diese durchwegs keinen Anstoss an

ihrer Ausbeutung, doch fühlt sie sich durch den Leistungsdruck und die Launen ihrer Chefin unterdrückt. Die aufgebauten Aggressionen lässt sie zu Hause an ihrer verliebten Lebenspartnerin, der Direktorin einer Schweizer Grossbank, aus.

Wir sehen, die Ausbeutung im wirtschaftlichen Bereich ist immer vorhanden. Dagegen sind Unterdrückungsverhältnisse dynamisch und können wechselhaft von verschiedenen Individuen in jeweils überlegenen Positionen ausgehen. Sie werden viel eher physisch und psychisch wahrgenommen als Ausbeutungsverhältnisse.

Staat

Der Staat verkörpert eine Herrschaftsform von Menschen über Menschen. Er nutzt die vorhandenen Macht- und Herrschaftsverhältnisse und baut darauf eine starre Struktur mit Anspruch auf das Gewaltmonopol. Diese Struktur führt durch Individuen und Institutionen. Staatliche Herrschaft ist also nichts abgeschlossenes, sondern wird durchaus von der Gesellschaft getragen. Der Staat ist Ausdruck, nicht Ursache von Herrschaft. Es genügt keineswegs, nur den Staat abzuschaffen, um eine herrschaftsfreie und gewaltlose Gesellschaft zu schaffen.

Als Anarchistinnen lehnen wir Herrschaft grundsätzlich ab. Wir lehnen Gewalt ab: Gewalt an Menschen ist unterdrückend und somit ebenfalls eine Form von Herrschaft. Der Staat braucht massenhaft Gewalt – auch wenn er nicht gerade Krieg führt oder auf Demonstrantinnen einprügelt.

Da der Kapitalismus aber in sich schon Herrschaftsverhältnisse mitbringt, wofür braucht das Kapital überhaupt einen Staat? Weil der Staat eben noch mehr bietet:

- Gegen aussen grenzt sich der Staat von anderen ab. Staaten interagieren miteinander und treiben Handel. Waren können auf der ganzen Welt relativ frei passieren, während Menschen aufgehalten, in Flüchtlingslager gepercht oder schon auf der Flucht getötet werden.
- Gegen innen stiftet der Staat erstens „Ordnung“, d.h. er schützt das Eigentum und die Interessen der herrschenden Klasse. Er stellt möglichst optimale wirtschaftliche Rahmenbedingungen (sprich: Ausbeutungsverhältnisse) bereit. Dies verschärft sich unter dem Gesichtspunkt der nationalstaatlichen Standortkonkurrenz. Wenn nötig unterstützt oder reorganisiert er das Kapital, wie das Beispiel der Finanzkrise vom Herbst 2008 zeigt. Vom produzierten Reichtum wird gerade soviel verteilt, um den sozialen Frieden zu wahren. Ansonsten werden soziale Ungleichheiten mit Gewalt verteidigt. Zweitens vermittelt der Staat eine nationale Identität, was nationalistische und rassistische Bewegungen begünstigt. Diese verschleiern die Klassegegensätze, während sich die Einkommensschere zwischen den Lohnabhängigen und Kapitalistinnen weiter öffnet.
- In Kriegen oder Verträgen erschliesst der Staat im Interesse des Kapitals neue Absatzmärkte.
- Er sorgt für eine gut ausgebildete Arbeiterinnenklasse. Schulen, Ausbildung und Disziplinarmassnahmen wie zum Beispiel beim Sozialhilfebezug zielen auf eine möglichst profitable Integration in den Arbeitsprozess.

Der Staat, egal in welcher Form er sich präsentiert, erhält die gegensätzlichen Klassen und sorgt für die Zusammenarbeit dieser Klassen auf der Basis des kapitalistischen Eigentums.

Bürgerliche Demokratie

Die Demokratie ist eine Form bürgerlich-kapitalistischer Herrschaft. Das Parlament und die repräsentative Regierung eines Nationalstaates sind Ausdruck dieser Zusammenarbeit. Parteien lenken von den eigentlichen Problemen, den Klassegegensätzen und dem Marktdiktat, ab. Sie integrieren Unzufrie-

denheit, indem sie Mitspracherecht suggerieren. Von den Sozialdemokratinnen bis zu den Bürgerlichen stützen sie ein mörderisches System. Sich daran zu beteiligen ist für uns nicht vertretbar.

Formell verkündet die Demokratie die Freiheit des Wortes, der Presse, Organisationsfreiheit und die Gleichheit aller vor dem Gesetz. Doch all diese Freiheiten sind so gut wie fiktiv: sie werden toleriert, sofern sie den Interessen des Kapitals nicht widersprechen oder die Profitmaximierung nicht zu sehr beeinträchtigen und damit die Konkurrenzfähigkeit nicht gefährden. Sprich: die Ausbeutung der Arbeiterinnen und die Kapitalverwertung gewährleistet bleiben.

Staat und Kapital können nicht getrennt betrachtet werden. Der Staat soll ja dem Kapital möglichst optimale Rahmenbedingungen zum Wirtschaften schaffen. Wenn es sein muss, greift er helfend nicht den Armen unter die Arme, sondern der Wirtschaft. Das Kapital wird geschützt, um „Arbeitsplätze zu erhalten“, und die Politikerinnen sorgen dafür, dass dies auch möglichst „sozial“ geschieht. Staat und Wirtschaft bedingen sich also gegenseitig. Parteien sind alle von der Wirtschaft abhängig, können also nur im begrenzten Rahmen Politik betreiben. Sie dienen alle dem gleichen Staat und der gleichen Verfassung. Sie stützen und stabilisieren dieses gewalttätige System, indem sie immer anderen Parteien oder Unternehmen die Schuld für die aktuelle Misere zuschieben. In Krisen profitieren vor allem Parteien am linken und rechten Rand, indem sie Hoffnungen wecken und die Illusion aufrecht erhalten können, es werde alles wieder besser, wenn man sie wählen würde. Jedoch bleiben oben erwähnte Widersprüche des Kapitalismus bestehen und eine wirkliche Besserung ist unmöglich. Die Parteien reden zwar viel, aber eine richtige Veränderung wollen sie jedoch nicht.

Die Demokratie ist somit eine der Formen bürgerlicher Diktatur, trügerisch getarnt durch fiktive politische Freiheiten und demokratische Scheingarantien. Sie garantiert die rechtliche Gleichheit auf soziale Ungleichheit.

Die Ideologinnen der Bourgeoisie definieren den Staat als Organ, das die komplizierten sozialpolitischen, zivilen und gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen innerhalb des heutigen Systems reguliert. Mit dieser Definition sind Anarchistinnen weitgehend einverstanden; sie fügen lediglich hinzu, dass die Rechtsordnung der heutigen Gesellschaft auf der Unterdrückung der grossen Mehrheit des Volkes durch eine verschwindend kleine Minderheit beruht und dass der heutige Staat eben dieser Unterdrückung und Ausbeutung dient. Der Staat ist zugleich ein Ausdruck der organisierten Gewalt der Bourgeoisie gegen das Proletariat und ihre Organisationen.

Den Staat übernehmen?

Viele Sozialistinnen, insbesondere Leninistinnen und Trotzkestinnen, sehen in der bürgerlichen Macht und dem bürgerlichen Staat zwar ein Diener des Kapitals, sie meinen jedoch, dass die Staatsmacht von den sozialistischen Parteien erobert und als mächtiges Werkzeug zur Befreiung des Proletariats eingesetzt werden könne. Deshalb sind sie für die sozialistische Herrschaft und den proletarischen Staat, wobei ein Teil von ihnen die Eroberung der Staatsmacht mit friedlichen, parlamentarischen Mitteln befürwortet, wie bspw. traditionelle Sozialdemokratinnen, ein anderer Teil für die Eroberung der Macht auf revolutionärem Wege plädiert. Der Anarchismus betrachtet beide Positionen als grundsätzlich falsch, um eine befreite Gesellschaft zu erreichen. Denn niemals hat eine herrschende Klasse ihre Macht und Privilegien freiwillig abgegeben.

Staat und Herrschaft nehmen den Massen ihre Initiative, töten ihre Selbstständigkeit und erziehen sie zu sklavischer Unterwürfigkeit und zum Glauben an Führerin und Obrigkeit. Initiative ist heute nur gefragt, solange sie sich nicht gegen die fundamentalen staatlichen Prinzipien stellt.

Der reformistische Weg von sozialdemokratischen Parteien wird die Befreiung der Arbeiterinnen keinen Schritt voranbringen, schon deshalb nicht, weil die eigentliche Kraft bei der Bourgeoisie bleibt

und die Zwänge des Marktes bestehen bleiben. Die Rolle der sozialistischen Parteien beschränkt sich in diesem Fall auf Reformen, auf eine Verbesserung des bürgerlichen Systems.

Die Machtergreifung im Zuge einer sozialen Umwälzung und die Organisation eines sogenannten proletarischen Staates kann ebenfalls nicht zu einer echten Befreiung der Menschen führen. Ein Staat, der zunächst vermeintlich zum Schutz der Revolution errichtet wird, entwickelt zwangsläufig spezifische eigene Bedürfnisse und wird dann zum Selbstzweck. Er lässt privilegierte soziale Kasten um sich herum entstehen, auf die er sich stützt; die Massen unterwirft er gewaltsam seinen Bedürfnissen und denen der privilegierten Klassen, so dass die Grundlage der kapitalistischen Macht und des kapitalistischen Staates wiederhergestellt ist: die gewaltsame Unterdrückung und Ausbeutung der Massen. Die Sowjetunion beispielsweise war nichts anderes als Staatskapitalismus. Es macht für die Arbeiterinnen keinerlei Unterschied, ob sie von Privaten oder vom Staat ausgebeutet werden.

Die Befreiung der arbeitenden Menschen ist unterdessen nur im Zuge eines unmittelbaren revolutionären Kampfes des Proletariats und ihrer Klassenorganisationen gegen das kapitalistische System möglich.

Zweifellos ist es an der Zeit, sich in der LAW oder ähnlichen Organisation zu vereinen, Klassenkampf und Teilkämpfe auf eine gemeinsame Plattform zu stellen und mit grundlegenden Analysen eine revolutionäre Perspektive zu erarbeiten.

Religiöse Institutionen

(In Ausarbeitung)

Bildungssystem

(In Ausarbeitung)

Patriarchat

(In Ausarbeitung)

Rassismus, Xenophobie, Antisemitismus, Ethnozentrismus

(In Ausarbeitung)

Strategie und Taktik

Der libertäre Kommunismus

Anarchismus

Unter dem Begriff Anarchismus verstehen wir die Lehren der Herrschaftslosigkeit (griechisch ἀναρχία). Obwohl es zahlreiche Theorien des Anarchismus gibt, ist ihnen das Ziel gemeinsam: Die Erreichung eines gesellschaftlichen Zustandes, der Anarchie, der geprägt ist von der Abwesenheit formeller und informeller Herrschaftsstrukturen im Grossen und Kleinen. Anders ausgedrückt, eine anarchistische Gesellschaft kennt keine Institutionen, aus deren Handeln oder aus deren blossen Existenz

Ausbeutung und Unterdrückung von einzelnen oder Gruppen von Menschen resultiert. Positiv ausgedrückt beschreiben die Lehren des Anarchismus wirtschaftliche und soziale, mitunter ethische Voraussetzungen für ein Leben aller in Freiheit – was wiederum nicht nur institutionalisierte, sondern auch „informelle“ oder „situative“ Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse ausschließt, wie sie bspw. in einer Beziehung vorkommen können –, und den Weg, der dazu beschritten werden sollte. Diese Auffassung von Anarchie steht der bürgerlichen Definition des Begriffs diametral entgegen: Eine herrschaftslose Gesellschaft bedeutet demnach nicht Chaos und Gewalt, sondern ein wahrhaft selbstbestimmtes Leben in Frieden. Das bürgerliche Verständnis von Anarchie ist nur schon deshalb paradox, weil die Anwendung von Gewalt immer eine Form von Herrschaftsdurchsetzung darstellt. Herrschaftslosigkeit heisst demzufolge auch immer das Fehlen von Gewalt. Der Anarchismus ist nicht etwa eine philosophische Schule, die fernab von der sozialen Realität des Proletariats ein gesellschaftliches Ideal propagieren würde, sondern ist von der Praxis des alltäglichen Kampfes der unterdrückten Klassen geprägt und in dieser gewachsen. Herrschaftsstrukturen sind abstrakt und können nur in der Form von Ausbeutung und Unterdrückung, also Formen von Gewalt, wahrgenommen werden. Erfahbar sind sie offensichtlich nur durch diejenigen, die unterdrückt und ausgebeutet werden. Anarchismus ist also immer beides, Denken und Handeln, die sich gegenseitig beeinflussen. Daraus folgt, dass der Anarchismus niemals statisch ist, sondern sich fortlaufend verändert. Trotzdem kennt der Anarchismus theoretische und methodische Fixpunkte, die sich im Laufe der Zeit als plausibel und effizient herausgestellt haben, und die oftmals mit einzelnen herausragenden Denkerinnen identifiziert werden. Doch der Anarchismus ist nicht etwa das Werk einzelner Individuen, sondern immer ein Ausdruck der sich gegen ihre Unterdrückung wehrenden Klassen. Herrschaft wird nicht mit einer bestimmten Methode des Denkens erkannt, sondern im Stossen an und Überschreiten von gesellschaftlichen Grenzen. Herrschaftliche Strukturen in ihrem Kern erfassen kann also nur, wer sie erfahren hat. Deshalb ist der Kampf zu ihrer Überwindung stets ein Kampf der von ihr Betroffenen, seien sie nun auf Grund ihrer wirtschaftlichen, ethnischen, geschlechtlichen usw. Rollen unterdrückt. Herrschaftsfreiheit ist zuallerst ein Akt des Handelns, nicht des Denkens.

Libertärer Kommunismus

Die obigen Ausführungen zum Anarchismus sind nicht zufällig sehr vage gehalten. Durch die negative Definition des Begriffs - Abwesenheit von Herrschaft - sind mit ihm im Laufe der letzten 200 Jahren zahlreiche Lehren identifiziert worden – darunter auch solche, die in ihrer Konsequenz wenig anarchistisch sind. Der libertäre Kommunismus, den die LAW vertritt, wurde erstmals um 1900 von Peter Kropotkin systematisiert. Er unterscheidet sich von anderen Anarchismen am dezidiertesten in der Frage der ökonomischen Organisation der Gesellschaft, insbesondere hinsichtlich der Güterdistribution. Unserer Meinung nach kommen im libertären Kommunismus sowohl die gesellschaftliche Solidarität als auch die Idee der individuellen Freiheit jeweils am Besten zum Ausdruck, wobei beide Forderungen sich in ihrer Entwicklung gegenseitig ergänzen und bedingen. In keiner Weise rechtfertigt der libertäre Kommunismus die Existenz nichtarbeitender Klassen oder lässt ihren Weiterbestand zu. Sollten sich diese Klassen in der libertär-kommunistischen Gesellschaft erhalten, übernimmt letztere keinerlei Verantwortung für sie. Lediglich in dem Fall, dass die nichtarbeitenden Klassen entscheiden, produktiv zu arbeiten und nunmehr im gesellschaftlichen System des libertären Kommunismus auf gemeinsamer Grundlage zu leben, werden sie in ihm eine gleichgestellte Position einnehmen, d.h. eine Position als freie Mitglieder der Gesellschaft, die die Rechte dieser Gesellschaft in Anspruch nehmen und die allgemeinen Verantwortungen mit tragen. Der libertäre Kommunismus strebt nach der Beseitigung jeder Ausbeutung und jeder Gewalt gegen Personen. Zu diesem Ziel schafft er eine wirtschaftliche und soziale Basis, die das ökonomische und gesellschaftliche Leben des Landes in ein Ganzes zu-

sammenführt und die jeder Einzelnen eine gleichgestellte Position und ein Maximum an Gütern sichert. Wie die meisten Lehren des Anarchismus strebt auch der libertäre Kommunismus hierfür neben der Abschaffung des Staates die Überwindung des Kapitalismus an. Sowohl das Repräsentationsprinzip in politischen Fragen wie auch die Diktatur im Bereich der Produktion, die sich faktisch sowohl hinsichtlich der Arbeitsbedingungen wie auch der erzeugten Güter jeder direkten Kontrolle entzieht, sollen ersetzt werden durch basisdemokratische Strukturen, an denen alle Betroffenen partizipieren können. Konkret heisst das im Bereich der politischen Entscheidungsfindung die Etablierung eines Delegiertensystems auf lokaler, regionaler, überregionaler, kontinentaler und weltweiter Ebene, in dem die lokalen Vollversammlungen das oberste Weisungsrecht besitzen und zudem jederzeit über die Möglichkeit verfügen, die entsandten Delegierten abzusetzen, im Bereich der Produktion die Vergesellschaftung aller Ressourcen und Produktionsmittel (Industrie, Transport, Land, Rohstoffquellen usw.). Im Rahmen dieser selbstverwalteten Gesellschaft etabliert der libertäre Kommunismus das Prinzip der Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung jeder Person (nicht einer abstrakten allgemeinen Persönlichkeit, einer mystischen Persönlichkeit oder der Persönlichkeit als Idee). Aus dem Prinzip der Gleichwertigkeit und der Gleichberechtigung jeder Einzelnen, aber auch daraus, dass der Wert der Arbeit jeder einzelnen Person nicht gemessen und beurteilt werden kann, ergibt sich das grundlegende sozialrechtliche und wirtschaftliche Prinzip des libertären Kommunismus: „Jede nach ihren Fähigkeiten, jede nach ihren Bedürfnissen!“ Einerseits bedeutet dies eine Demokratisierung der Produktion. Arbeit beruht grundsätzlich auf Freiwilligkeit; kein Mensch kann zu einer Arbeit gezwungen werden, die dieser nicht ausführen will. Das hat zur Folge, dass unbeliebte Arbeit, die jedoch unerlässlich ist, möglichst rationalisiert und pro Person auf ein Minimum reduziert wird. Der technische Fortschritt und die möglichst gleichmässige Aufteilung werden also gerade bei solchen Aufgaben besonders forciert. Andererseits werden die Früchte der gemeinsamen Leistungen allen zur Verfügung gestellt, egal, wie wenig oder viel der einzelne Mensch zu dieser bestimmten Arbeit beigetragen hat. Folglich wird das Privateigentum, insofern es eine Instanz für die Produktion und den individuellen Tausch darstellt, überflüssig sein und abgeschafft werden: Alles, was nicht für den eigenen Konsum bestimmt ist, also ein dem einzelnen Menschen eigenes, direktes materielles Bedürfnis zur Grundlage hat, ist im Besitz der Gemeinschaft. Ohne den individuellen Tausch wird natürlich auch das Geld als Tauschäquivalent obsolet sein. Die Angst, eines Tages mittellos zu sein, und der wirtschaftliche Neid entfallen durch diese Wirtschaftsordnung völlig. Auch werden die typischen Probleme unserer heutigen Gesellschaft – Rassismus und Antisemitismus, Sexismus und Homophobie, Konkurrenzdenken und Krieg – ihrer ökonomischen Grundlagen beraubt und damit realistischere aufhebbar.

Anarchafeminismus

Konsequenterweise gehört der Anarchafeminismus zum Anarchismus dazu. Diesem wurde in der Vergangenheit jedoch zu wenig Beachtung geschenkt. Traditionell war und ist die anarchistische Bewegung grösstenteils von Männern dominiert. Die anarchafeministische Diskussion der späten 70er und 80er Jahre verstehen wir daher als Aufruf und Forderung an die anarchistische Bewegung, die Problematik der Geschlechterhierarchie differenzierter zu betrachten und in Theorie und Analyse miteinzubeziehen.

Feministinnen sind nicht zwingend Anarchistinnen, wie dies in den 70er Jahren von Kornegger und Ehrlich behauptet wurde. Von reaktionären und reformistischen Feminismen distanzieren wir uns. Durch Reform (zb. Quotenregelungen und Gleichstellungsmassnahmen) kann der Sexismus nicht überwunden werden. Auch wenn diese Reformen teilweise das Leben einer arbeitstätigen Frau und Mutter zu erleichtern scheinen, begünstigen sie vor allem das Weiterbestehen der kapitalistischen (Re-)Produktionsweise. Die Reformen als trügerische Lösungsvorschläge ändern nur scheinbar etwas

an der Verteilung der Geschlechterrollen. Um alle Menschen zu befreien, braucht es jedoch eine tiefgreifende revolutionäre Umstrukturierung der gesellschaftlichen Verhältnisse – u.a. die Aufhebung des Patriarchats und des Kapitalismus.

Unsere Gesellschaft lässt nur zwei Geschlechter zu. Tatsächlich existiert aber ein unendlich weites Spektrum von biosoziokultureller Geschlechterausprägung und sexueller Vielfalt. Bewegungen die sich mit gender und queer befassen leisten bezüglich der Aufhebung der dualistischen Gesellschaft einen wichtigen Beitrag. Es darf dabei jedoch nicht vergessen werden, dass Frauen nach wie vor als Frauen unterdrückt werden. In unserer Theorie und Praxis spielt es zwar keine Rolle, welches Geschlecht mensch hat, die gesellschaftliche Realität zwingt uns jedoch, auch als Frau zu kämpfen.

In der Betroffenheit (z.B. bei Opfern sexueller Übergriffe) erachten wir es als berechtigt, geschlechterspezifische Gruppen zu bilden, im revolutionären Kampf gegen Sexismus und für die Befreiung der Menschen gibt es für uns jedoch keinen Grund zum Separatismus. Unser gemeinsames Ziel ist die Aufhebung der heteronormativen, dualistischen Auffassung der Geschlechterrollen – die Biologie soll dabei einen neutralen Stellenwert einnehmen – und der Mensch soll als Mensch in seiner Individualität akzeptiert und respektiert werden.

Die Prinzipien der anarchistischen Organisation

Die Beteiligung der LAW an verschiedenen sozialen und wirtschaftlichen Kämpfen erfordert einen ideologischen und strategischen Kern, der in sich widerspruchsfrei ist. Sowohl eine Einheit der Ideologie und Taktik, als auch die kollektive Verantwortung erachten wir als wesentlich, so dass das Grundsattpapier für die Mitglieder der LAW in ihrer Funktion als solche verpflichtend ist. Zur Verhinderung von Machtkonzentrationen bekennen wir uns zudem zum Prinzip des Dezentralismus.

Einheit der Ideologie

Öffentliche Stellungnahmen der LAW bzw. von einzelnen Mitgliedern im Namen der Organisation - Communiqués, Flyer, Interviews usw. - dürfen dem Inhalt des momentanen Grundsattpapiers nicht widersprechen. Dies schliesst jedoch bei vorheriger Absprache mit der Vollversammlung weder eine Konkretisierung einzelner, im Grundsattpapier festgehaltenen Positionen, noch eine Weiterentwicklung von früher vertretenen Standpunkten aus. Für die einzelnen Mitglieder bedeutet die Einheit der Ideologie zudem die Unvereinbarkeit von parallelen Mitgliedschaften oder Aktivitäten in einer Organisation, einem Verein, einer Partei o.ä., deren Grundsätze, Statuten oder öffentlich vertretenen Positionen, den im Grundsattpapier der LAW vertretenen Standpunkten widersprechen. Dies betrifft insbesondere Organisationen, die sich an politischen Wahlen beteiligen oder allgemein die Übernahme der staatlichen Herrschaft anstreben.

Kollektives Handeln und einheitliche Taktiken

Um unsere gesteckten Ziele zu erreichen, müssen wir kollektiv agieren. Das bedeutet primär, dass wir weder ein Handeln "auf eigene Faust" innerhalb der LAW tolerieren, noch, dass Mitglieder der LAW zugleich politischen Aktivitäten nachgehen können, die im Widerspruch zu den Prinzipien der Organisation stehen. Die Grundlagen des kollektiven Handelns bilden verschiedene Taktiken, die durch beschlussfähige Instanzen der LAW im Konsens abgesegnet werden müssen. Dies ist die Vollversammlung, wenn es sich um eine Angelegenheit handelt, die die gesamte Organisation betrifft, oder eine einzelne Aktionsgruppe, wenn das Thema entsprechend eingeschränkt ist. Beschlüsse der Vollversammlung sind für die Aktionsgruppen jedoch jederzeit verbindlich. Taktiken können nur dann effizient verfolgt werden, wenn sie dem Prinzip der Einheitlichkeit entsprechen. Dies bedeutet:

- Übereinstimmung mit den im Grundsatzpapier festgelegten Strategien, Methoden und ideologischen Standpunkten. Prinzipiell ausgeschlossen sind dabei Taktiken, die die Anwendung von Gewalt gegen Menschen und/oder Tieren beinhalten.
- Widerspruchslosigkeit zu anderen momentan verfolgten Taktiken der LAW oder einzelner Aktionsgruppen.
- Im Sinne einer längerfristigen Strategie ist zudem darauf zu achten, dass einzelne Taktiken möglichst optimal aneinander anknüpfen.

Kollektive Verantwortung

Die LAW und damit alle ihre Mitglieder übernehmen die Folgen des kollektiven Handelns, insbesondere die finanzielle Haftung und die (ideologische) Rechtfertigung.

Föderalismus

Ein erster notwendiger Schritt hin zu einer herrschaftslosen Gesellschaft ist die Bekämpfung des Zentralismus. Dieser führt, wie zahlreiche historische Beispiele belegen - die Französische Revolution und das Direktorium, die Russische Revolution und die sowjetische Nomenklatur usw. - zur verstärkten geistigen und materiellen Unterdrückung des Proletariats im Allgemeinen und oftmals bestimmter Gruppen im Speziellen. Obwohl auch ein dezentralisiertes System noch lange keine Garantie einer freieren Gesellschaft ist, ist es unser Ziel, den Dezentralismus in der LAW so weit wie möglich umzusetzen und den Föderalismus auch gegen aussen hin zu propagieren. Dies mit dem Ziel, die Unabhängigkeit und damit die individuelle Beteiligung jedes einzelnen Mitglieds der LAW und jeder Aktivistin der anarchistischen Bewegung zu maximieren. Denn nur so ist eine tatsächliche Vielfalt der Meinungen möglich und nur so lässt sich ein echter Konsens finden.

Egal wie breit und föderalistisch eine Organisation, aber auch die Gesellschaft insgesamt aufgebaut ist, kann es keine Entscheidungen ohne individuelle Verpflichtungen und kollektive Umsetzung geben. Umso weniger ist dies in einer anarchistischen Organisation möglich, die sich den Belangen des Proletariats und der sozialen Revolution verschrieben hat. Die LAW ist nicht nur auf die persönliche, unabhängige Meinung jedes ihrer Mitglieder angewiesen, sondern auch auf deren Eigeninitiative und Mithilfe bei der politischen Arbeit. Das bedeutet natürlich auch, dass einmal übernommene Aufgaben tatsächlich ausgeführt werden sollen. Nur so kann das föderalistische Prinzip mit Leben gefüllt werden und ermöglichen, dass die LAW richtig funktioniert und sich dem abgesteckten Ziel nähern kann.

Die Rolle der Massen und der Anarchisten im sozialen Kampf und in der sozialen Revolution

(In Ausarbeitung)

Anarchismus und Syndikalismus

(In Ausarbeitung)

Anarchismus und soziale Bewegungen

(In Ausarbeitung)

Bündnispolitik

Die LAW strebt eine schlagkräftige, organisierte und international gut vernetzte anarchistische Bewegung an. Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine kluge Bündnispolitik von zentraler Bedeutung. Die Geschichte des Anarchismus hat zudem gezeigt, wie wichtig es ist, vorausblickend mit anderen Organisationen zu kooperieren. Allzu oft wurden Anarchistinnen Opfer ihrer autoritären Bündnispartnerinnen, als es diesen gelang, zentrale Positionen im Staat zu erlangen. Erinnerung sei an die Russische Revolution, die Machnowschtschina in der Ukraine und der Spanische Bürgerkrieg, als anarchistische Aktivistinnen von ihren vormaligen, bolschewistischen Verbündeten zu Zehntausenden verhaftet, gefoltert und getötet wurden. Schliesslich versprechen wir uns von der Zusammenarbeit nicht nur einen organisatorischen Vorteil, sondern auch wichtige Inputs für die Weiterentwicklung unseres anarchistischen Programms, einen besseren Informationsaustausch und die Ermöglichung überregionaler Solidarität.

Wir unterscheiden drei Arten von Zusammenarbeit: Informeller Austausch, Vernetzung und Bündnis.

Informeller Austausch ist die loseste Form der Zusammenarbeit. Wir verstehen darunter meist einmalige Treffen, an denen Mitglieder der LAW ohne imperatives Mandat teilnehmen. Sie sind ein Austausch über Aktivitäten auf lokaler Ebene mit Organisationen gleich welcher Couleur, oder über theoretische Diskussionen, die in ideologisch nahestehenden Gruppen geführt werden. In beiden Fällen erhoffen wir uns, von den gemachten Erfahrungen und gewonnenen Erkenntnissen zu profitieren.

Vernetzungen sind für uns ein wichtiges Instrument, um einen fortlaufenden Austausch zu erreichen. Aus diesem Grund wird bei solchen Treffen insbesondere die Kommunikation zwischen den beteiligten Gruppen thematisiert. Sie sind ebenfalls grundsätzlich mit allen Organisationen möglich.

Bündnisse schliesslich sind die verpflichtenste Form der Zusammenarbeit. Die LAW nimmt an solchen mit Delegierten teil, die jedoch über kein imperatives Mandat verfügen. Werden an Bündnissitzungen Beschlüsse gefasst, müssen diese jeweils von der Vollversammlung abgesegnet werden, bevor sie für die LAW Gültigkeit haben. Bündnisse werden für Kampagnen oder zur Ermöglichung einer engen Form der Zusammenarbeit geschlossen. Sie ermöglichen eine Ausweitung sozialer Kämpfe und Schaffung breiter Solidarität. Bündnisse sind grundsätzlich nur mit ideologisch nahestehenden Organisationen möglich, das heisst insbesondere mit anarchokommunistischen Gruppierungen. Falls die Vollversammlung der Meinung ist, dass ein Bündnis mit einer anderen Gruppierung sinnvoll ist, kann dabei auch eine Ausnahme gemacht werden. Allerdings sind Bündnisse, die eine Partizipation an der staatlichen Herrschaft anstreben, d.h., deren Ziel die Gründung einer Partei oder ähnliches ist, davon ausgeschlossen. Da in Bündnissen nach unserer Erfahrung weniger effizient diskutiert und agiert wird, als dies innerhalb der LAW der Fall wäre, sind die Vor- und Nachteile einer Beteiligung der LAW an einem Bündnis stets sorgfältig abzuwägen.

Wenn die ökonomischen und sozialen Verhältnisse revolutionäre gesellschaftliche Veränderungen ermöglichen, gewinnt die Bündnispolitik eine strategische Dimension. In solchen Phasen sind die oben erwähnten historischen Erfahrungen mehr den je zu berücksichtigen. Keinesfalls wollen wir dabei einer autoritären Organisation die Möglichkeit geben, durch unsere Unterstützung Herrschaft zu erlangen und die Bevölkerung durch Zwang in eine neue Gesellschaftsform einzugliedern. Zusammen mit ideologisch nahestehenden, antiautoritären Gruppierungen soll einerseits ein Abwehrkampf gegen solche Organisationen geführt, andererseits durch die schnelle Realisierung unserer ökonomischen und sozialen Forderungen unser Gesellschaftsmodell populär gemacht werden. An revolutionären Kämpfen, die nur durch „strategische Bündnisse“ mit autoritären Organisationen möglich wären, nimmt die LAW nicht teil.

Die revolutionäre Phase

(In Ausarbeitung)

Die anarchistische Gesellschaft

Produktion

Heutzutage wäre es ohne weiteres möglich, alle Menschen anständig zu versorgen, denn die nötigen Produktivkräfte und Produktionsmittel sind vorhanden. Produziert wird aber nur, was verkauft werden kann. Die Armen bekommen nichts. Die Arbeitsbedingungen für jene, die einen Job haben, sind vom Kapital diktiert und dementsprechend schlecht. In China ist es weit verbreitet, dass die Arbeiterinnen direkt im Unternehmen in Schlafsälen übernachten müssen. Allgemein nimmt der Leistungsdruck stetig zu - mit unzähligen negativen Auswirkungen. Das kann geändert werden, indem die Arbeiterinnen beginnen, die Produktion selber zu kontrollieren. Dies ist ein entscheidender Schritt in der Umgestaltung der Verhältnisse im revolutionären Prozess.

Die Machtfrage stellt sich also im wirtschaftlichen Bereich und nicht etwa im politischen. Das revolutionäre Subjekt kann also nur die Arbeiterinnenklasse sein und nicht irgendeine Partei. Denn die Arbeiterinnenklasse ist die Urheberin der lebensnotwendigen Güter und Dienstleistungen und so hängt auch von ihr das Funktionieren und Weiterbestehen eines jeweiligen Gesellschaftsmodells ab.

Ausgehend von der Tatsache, dass Industrie und Dienstleistungsunternehmen durch die Anstrengungen vieler Generationen von Arbeiterinnen geschaffen wurden und dass die einzelnen Branchen engstens miteinander zusammenhängen, betrachten wir die ganze heutige Produktion als einen einzigen "Betrieb" der Produzierenden, der den Arbeiterinnen in ihrer Gesamtheit und niemandem im Einzelnen gehört.

„Der Produktionsmechanismus des Landes bildet eine Einheit und gehört der ganzen Arbeiterklasse. Diese Situation bedingt den Charakter und die Form der neuen Produktion. Auch in Zukunft wird sie einheitlich und gemeinsam sein, in dem Sinne, dass die Erzeugnisse, die von den Produzierenden hergestellt werden, allen gehören werden. Diese Erzeugnisse, gleich welcher Art, stellen den gemeinsamen Lebensmittelfonds der Arbeiter dar, aus dem jeder Beteiligte an der neuen Produktion alles Notwendige erhalten wird, jeder auf der gleichen Grundlage wie alle anderen.“ (Organisationsplattform der Allgemeinen Anarchistischen Union)

Besitzerinnen, sei es in Form einer privatunternehmerischen Eigentümerin, Aktiengesellschaften oder eines Eigentümerinnen-Staates wie die Sowjetunion wird es nicht mehr geben. Die einstige Bourgeoisie wird sich auf der gleichen Grundlage wie alle anderen an der neuen Produktion beteiligen müssen. Andernfalls grenzen jene sich selbst aus, was jedoch durchaus das Recht eines jeden Menschen ist. Bekämpfen sie aktiv die neue gesellschaftliche Ordnung, oder erheben sie Anspruch auf einen grösseren Teil der natürlichen Rohstoffe, als ihnen anteilmässig zustehen würde, müssen sie damit rechnen, dass diesen Bestrebungen schnell und konsequent entgegengetreten wird. Falsch wäre die Vorstellung, dass alle heute bestehenden Arbeitsstellen und Qualifikationen des heutigen verwaltenden Mittelstandes und der führenden Oberschicht einfach nichtig und nutzlos werden würden. Sicherlich bestünde ein Grossteil der Arbeitsstellen in der neuen Gesellschaft nicht mehr, da sie schlicht überflüssig wären. Frau denke an Steuerfachfrauen, Polizistinnen, Bankerinnen und viele mehr. Keinesfalls aber würden alle diese Menschen dann "arbeitslos" und arm. Im Gegenteil dürfen sie und alle Mitglieder der Gesellschaft sich einer massiven Arbeitszeitverkürzung erfreuen, denn mehr Menschen beteiligen sich an weniger, dafür sinnvollerer Arbeit. Des weiteren kann niemand gezwungen werden, zu arbeiten, doch

dies wird auch nicht nötig sein. Denn grundsätzlich gibt es nur sehr wenige Menschen, die ohne jedwelche schöpferische Betätigung zufrieden leben. Sich zu betätigen, in welcher Art auch immer, ist für eine grosse Mehrheit die Grundlage ihrer Selbstentfaltung. Falls es doch noch Individuen geben sollte, die trotz verkürzter Arbeitszeit, trotz selbstverwalteter Arbeit ohne Boss und trotz gesichertem Wohlstand nicht gewillt sind, zu arbeiten, wäre dies kein gesellschaftliches Problem, da die Produktion gut ohne die Beteiligung aller Gesellschaftsmitglieder funktioniert. Sicherlich hätten solche Personen, selbst bei der Hochhaltung des Rechts auf Faulheit, längerfristig Legitimationsschwierigkeiten. Doch hier liegt es in den Händen der einzelnen Gemeinschaften, wie sie mit solchen möglichen Erscheinungen umgehen wollen. Der Imperativ „sich an der Produktion beteiligen müssen“ ist nicht unbedingt adäquat. Viel mehr gibt es einfach nichts mehr zu beherrschen und autokratisch zu kontrollieren: die Betriebe sind selbstverwaltet; die Produktion und Ressourcenverbrauch gesellschaftlich organisiert und kontrolliert. Die Trennung von Arbeit und Freizeit wird aufgehoben. Arbeitsbedingungen und Gestaltung des Arbeitsplatzes unterliegen nicht mehr der ökonomischen Rationalität, so dass das Herstellen von Gütern und Dienstleistungen unter Nutzung modernster Technologien deutlich mehr Komfort und Spass verspricht. Die Menschen werden sich zum Zeitvertreib freiwillig einer schöpferischen, produktiven und zufriedenstellenden Tätigkeit widmen. Der libertäre Kommunismus ist eine hoch organisierte Form der Güterproduktion und Distribution, der die entwickelten Produktivkräfte des Kapitalismus optimal auszunützen weiss. Es entstehen also neuartige Betätigungsfelder, wo die Qualitäten der „verwaltenden Mittelschicht“ durchaus wichtig sind. Eine Herausforderung wird sein, zu verhindern, dass sich eine neue Oligarchie der Verwaltung herausbildet. Jedenfalls hat uns jede falsch verstanden, die denkt, wir wollten eine Reproletarisierung der Gesellschaft. Im Gegenteil! Durch demokratische Arbeitsverteilung und vielseitige Kooperation einzelner Individuen sowie Kollektiven entsteht ein gesundes Verhältnis zwischen körperlicher und geistiger Arbeit.

Um herrschaftliche Strukturen, also Zwang, möglichst zu vermeiden, sollen die Entscheidungsstrukturen in wirtschaftlicher Hinsicht möglichst dezentral und föderalistisch gehalten werden. Der Betrieb stellt dabei die kleinste Einheit dar. Eine kommunistische Gesellschaft könnte etwa durch Betriebsgruppen, Koordinationsgruppen und Räte organisiert sein.

Folgendes Modell ist eine Möglichkeit, libertäre Strukturen aufzubauen:

Betriebsgruppen Betriebsgruppen sind die Entscheidungsträgerinnen auf der untersten Ebene.

- Die Betriebsgruppen sind in der vorrevolutionären Phase für die Agitation im jeweiligen Betrieb zuständig. Sie sind der Ausdruck der revolutionären Arbeiterinnen im Betrieb und ermöglichen ihre Handlungsfähigkeit.
- In der revolutionären Phase übernehmen sie die Produktion, kollektivieren den Betrieb, gewähren einen möglichst herrschaftsfreien Produktionsmodus und optimieren die Produktion.
- In der nachrevolutionären Phase sind sie weiterhin die kleinsten Produktionseinheiten. Sie stellen die Kollektivierung der Produktionsmittel sicher.

Koordinationsgruppen Lokale Koordinationsgruppen bestehen aus Delegierten der ortsansässigen aktiven Arbeiterinnen. Sie sind, wie der Name besagt, für die Koordination der Produktion in den Betrieben zuständig.

- In der vorrevolutionären Phase sind sie für die Agitation, die Vernetzung mit anderen lokalen Gruppen und die Bereitstellung von Strukturen zuständig. Zudem wird je nach der Grösse der lokalen Gruppen und der Anzahl von Aktivistinnen, bereits ein nach der Revolution gültiges Delegiertensystem vorweggenommen.

- Während der Revolution sind sie für die lokale Koordination der Umwälzungen zuständig. In Ausschüssen kümmern sie sich um die Produktion auf lokaler Ebene, um die Verteidigung der Revolution und um alle weiteren Dinge, die anfallen können. Zudem entsenden sie wiederum Delegierte an überregionale Komitees, die sich jedoch nur um überregionale Angelegenheiten kümmern.
- In der nachrevolutionären Phase bleiben sie weiterhin die lokalen Entscheidungsträgerinnen, die sich insbesondere um wirtschaftliche bzw. strukturelle Belange kümmern.

Es soll eine enge Kooperation der Produzentinnen gleicher oder ähnlicher Güter auf lokaler Ebene angestrebt werden, ebenso eine Zusammenarbeit bei der Aus- und Weiterbildung der Arbeiterinnen.

Räte setzen sich wiederum aus Delegierten zusammen und koordinieren die Produktion überregional bis global.

Städtische, regionale und schliesslich globale Föderationen bilden die Grundlage für die Leitung und Verwaltung der Produktion. Von den Arbeiterinnen gewählt, stets unter ihrer Kontrolle gehalten, sowie jederzeit abwählbar, werden sie sich ständig erneuern und die Idee der wahren Selbstverwaltung verwirklichen.

Eine gemeinschaftliche Produktion, bei der die Produktionsmittel und die Erzeugnisse der Produktion der Allgemeinheit gehören, die die Lohnarbeit durch das Prinzip der kollegialen Zusammenarbeit ersetzt, die gleiche Rechte für alle Produzierenden gewährleistet und die von gewählten Organen der Arbeiterinnenselbstverwaltung geleitet wird, hebt die Ausbeutung vollständig auf und ist der erste praktische Schritt auf dem Weg zur Verwirklichung des libertären Kommunismus.

Versorgung

(In Ausarbeitung)

Die Landfrage

(In Ausarbeitung)

Die Verteidigung der Revolution und die Gewaltfrage

(In Ausarbeitung)

(Umgang mit "Grenzüberschreitungen")

(In Ausarbeitung)

Bildung und Erziehung

(In Ausarbeitung)

(Umgang mit Tieren)

(In Ausarbeitung)

Glossar

Anarchafeminismus

Der Begriff stellt eine Synthese zwischen Anarchismus und Feminismus her. Er stammt aus us-amerikanischen, radikalfeministischen Diskussionen der 1970er Jahre und stützt sich auf den kommunistischen Anarchismus Kropotkins. Peggy Kornegger und Carol Ehrlich haben eine Grundsatzerklärung zum Anarchafeminismus veröffentlicht, deren Thesen oft Grundlage anarchafeministischer Theoriebildung sind/waren. Zur Geschichte und Theorie des Anarchafeminismus hat die LAW eine Broschüre herausgegeben: Ag Anarchafeminismus der Libertären Aktion Winterthur. Anarchafeminismus. Ein Ansatz der noch ausgearbeitet werden muss. Winterthur 2008.

Anarchismus

Kommt aus dem Griechischen und bedeutet Herrschaftslosigkeit oder deutlicher: Ordnung ohne Herrschaft. Der Anarchismus ist eine politische Ideenlehre und Philosophie, die Herrschaft von Menschen sowie jede Art von Hierarchie als Form der Unterdrückung von individueller und kollektiver Freiheit ablehnt.

Ausbeutung / Mehrwert

Der Lohn einer Arbeiterin ist faktisch das, was sie für ihren Lebensunterhalt braucht. Teilweise kann dieser auch höher sein, tendenziell findet sich jedoch immer jemand, der zu einem Lohn arbeitet, der ihm gerade so sein Leben finanziert. Die Produkte, die nun eine Arbeiterin herstellt, sind mehr Wert als ihr Lohn. Das heisst, wir können mehr produzieren, als wir verbrauchen. Dies vor allem mit zunehmender Technologisierung. Der Reichtum der Welt wächst also, was unschwer zu erkennen ist. Die Differenz zwischen unserem Lohn und dem Wert der Produkte, die wir monatlich herstellen ist der Mehrwert. Dieser wird von den Kapitalistinnen angeeignet und erscheint als Gewinn des Unternehmens und muss zum Teil wieder in Kapital reinvestiert werden. Da wir also mehr produzieren als wir in Form von Lohn zurück erhalten, werden wir ausgebeutet.

Feminismus

Feminismus bezeichnet verschiedene Konzepte, die die Rechte und Interessen von Frauen thematisieren und auf eine verbesserte Lage der Frau abzielen. In den 1960/70er Jahren wurde der Begriff „gender“ (soziales Geschlecht) zur Unterscheidung vom Begriff „sex“ (biologisches Geschlecht) eingeführt. Somit hat der Feminismus insbesondere in der Queer-Bewegung nicht mehr "die biologische Frau" zum Subjekt. Der Ausdruck „queer“ war ursprünglich ein englisches Schimpfwort zur Bezeichnung von Homosexuellen. In den 1980/90er Jahren wurde die Bezeichnung politisch positiv besetzt. Heute versammeln sich in der Queer-Bewegung Schwule, Lesben, Bisexuelle, Intersexuelle, Transgender, Pansexuelle, Asexuelle und BDSM-Praktizierende, aber auch heterosexuelle Menschen. In der feministischen Bewegung, vor allem in der autonomen Frauenbewegung, ist der Separatismus aber weiterhin ein gängiges Konzept. Als separatistisch gelten geschlechterspezifische Gruppen, von denen das andere Geschlecht jeweils ausgeschlossen wird. Der Begriff Feminismus umfasst diverse Strömungen, die sich teilweise diametral entgegenstehen. So zum Beispiel auch reaktionäre und reformistische Strömungen, welche biologistische Sichtweisen vertreten, eine „neue Mütterlichkeit/Weiblichkeit“ propagieren, patriarchale Geschlechterzuschreibungen übernehmen, weibliche Spiritualität hervorheben und glauben, dass der Sexismus mit der wirtschaftlichen Gleichstellung der Geschlechter behoben sei.

Kapitalismus und Kapital

Mit Kapitalismus wird eine Wirtschaftsordnung bezeichnet, die auf Privateigentum an den Produktionsmitteln sowie der dezentralen privatunternehmerischen Planung der Wirtschaftsprozesse beruht. Der Begriff beschränkt sich aber nicht nur auf unser Wirtschaftssystem, sondern stellt ein gesellschaftliches Verhältnis dar. Er durchdringt die ganze Gesellschaft. Charakteristisch ist, dass Arbeiterinnen von ihren Produktionsmitteln getrennt sind. Eine solche Enteignung geschah und geschieht vielfach gewalttätig. Der Kapitalismus hat Millionen von ihrem Grund und Boden enteignet und so abhängig von der Lohnarbeit gemacht. Mit dem Resultat, dass sich die Enteigneten nun anstellen und ausbeuten lassen müssen. Von früheren Systemen wie Leibeigenschaft oder Sklavenhalterinnengesellschaft unterscheidet sich der Kapitalismus, insofern dass die Arbeiterinnen formal frei sind, also ihre Ausbeuterin frei wählen müssen. Das Kapital ist nach Marx die Summe von Wert, die wieder in den Produktionsprozess zurückgeführt wird, um sie grösstmöglich zu vermehren. Im Produktionsprozess eingesetzt findet sich das Kapital in Form von Maschinen, Rohstoffen, Arbeit, oder im Finanzsektor als Finanzkapital. Kapital wird nicht als ein Produktionsfaktor betrachtet, sondern allein die Arbeitskraft produziert Wert.

Kapitalistinnenklasse

Dazu gehören all jene, die von fremder Arbeit leben können. Ihnen gehören die Unternehmen und Produktionsmittel. Mit den ganzen Produktivkräften in der Hand besitzen sie einen Grossteil der gesellschaftlichen Macht. Sie verwalten den produzierten Mehrwert, schlussendlich den Profit, welcher die Arbeiterinnen erwirtschaftet haben. Kapitalistinnen konkurrenzieren sich auf dem Markt und müssen sich dort behaupten. Sie müssen ihr Kapital verwerten, ansonsten droht der Untergang. Der Marktlogik können auch sie sich nicht entziehen und müssen sich daher der Profitmaximierung und Rationalisierung unterwerfen. Diese Umstände sind also keineswegs bösen Kapitalistinnen oder habgierigen Managerinnen geschuldet. Gegenüber dem Proletariat tritt die Kapitalistinnenklasse meist geschlossen auf.

Kommunismus

Bedeutet Gemeinschaftseigentum an den Produktionsmitteln und gesellschaftliche Organisation der Produktion. Die Sowjetunion, Kuba und die weiteren „realsozialistischen“ Länder waren und sind nicht kommunistisch, sondern vielmehr staatskapitalistisch. Denn anstelle von Privaten tritt der Staat als Eigentümer und Ausbeuter auf.

Patriarchat

Patriarchat: Als Patriarchat (übersetzt: Herrschaft des Vaters) wird die Vorherrschaft der Männer in Familie, Politik und Wirtschaft bezeichnet. Die patriarchalische Gesellschaft ist dualistisch und heteronormativ geprägt. Der Dualismus ist die Lehre der Existenz zweier gegensätzlicher Grundprinzipien. Gemeint ist hier, dass in unserer Gesellschaft nur zwei Geschlechter - männlich und weiblich - anerkannt werden. Heteronormativität bezeichnet die hegemoniale Norm heterosexuell zu sein. Das heisst, Heterosexualität gilt als normal, richtig und natürlich. Andere sexuelle Orientierungen werden dagegen als unnatürlich und abnormal angesehen. Heteronormativität kann somit auch mit Zwangsheterosexualität übersetzt werden. Der Gegenbegriff zum Patriarchat ist das Matriarchat. Der Begriff hat zwei verschiedene Definitionen: Es wird damit einerseits eine Gesellschaftsstruktur bezeichnet, in der die Frauen die Macht inne haben, und andererseits eine, welche frauenzentriert ist, das heisst, dass die Gesellschaftsordnung um die Frauen herum organisiert ist.

Produktion und Reproduktion

Produktion bezeichnet die Herstellung materieller Güter unter Einsatz von Energie, Arbeit und Produktionsmittel. Die Produktionsmittel umfassen alle Rohstoffe, Arbeits- und Betriebsmittel, welche für die Güterproduktion erforderlich sind. Zum Beispiel Stahl, Maschinen, Werkzeuge, Gebäude und auch Herstellungsverfahren - also auch Dinge, die stofflich nicht direkt in die jeweiligen Endprodukte eingehen. Die Reproduktion wird in der marxistischen Tradition als beständige Neuschaffung der Voraussetzungen für weitere Produktion verstanden. Dazu zählt u.a. die Reproduktion der Arbeitskraft. Die Reproduktionssphäre wird als ein von der Produktionssphäre abgesonderter sozialer Raum verstanden. Reproduktionsarbeit wird traditionell den Frauen zugeschrieben und beinhaltet insbesondere die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der Arbeitskraft – Kinderbetreuung, und -erziehung und Hausarbeit.

Proletariat und Arbeiterinnenklasse

Das Proletariat bezeichnet alle Menschen, die über keine Produktionsmittel verfügen. Also nicht genügend Kapital in Form von Aktien, einem Unternehmen oder Geld haben, um davon zu leben. Arbeiterinnen sind von ihrem Lohn abhängig, sehen sich also gezwungen eine Stelle anzunehmen und ihre Arbeitskraft auf dem Markt zu verkaufen. Sie sind im doppelten Sinne frei: Frei von Produktionsmittel und frei zu wählen, mit wem sie einen Arbeitsvertrag eingehen wollen. Das heisst, sie können wählen von wem sie sich ausbeuten lassen. Dann endet diese Freiheit auch schon, denn bei der Arbeit ist weder zu entscheiden was herzustellen ist, noch wie viel, noch unter welchen Bedingungen. Fazit: Arbeitgebende und Arbeitnehmende sind zwar rechtlich gleich, verfügen aber über ganz andere Ausgangslagen. In Wirklichkeit sind die Arbeitnehmenden jene, die Arbeit geben, und die Arbeitgebenden jene, die Arbeit nehmen, indem sie sich den produzierten Reichtum aneignen. In einem Streik beispielsweise zeigt sich, dass die Arbeiterinnenklasse die ganze Wirtschaft am Laufen hält und somit auch das Potential besitzt, diese zu ändern und auf gesellschaftlicher Basis im Interesse aller neu aufzubauen.

Revolution

Ist eine tiefgreifende Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Eine Revolution fällt nicht vom Himmel. Sie ist als langer Prozess mit enormer Organisationsarbeit zu verstehen. Durch Räte oder ähnliche Organe der Arbeiterinnen wird die Wirtschaft nach den Bedürfnissen der Menschen - statt dem Profit - gesellschaftlich organisiert. Die globale Gesellschaft wird sich vereinigen und unter basisdemokratisch und föderalistisch Grundsätzen neu gestalten.